

# Riesfaer Tageblatt



und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger)

Druckort: Riesfaer  
Verlag: Riesfaer  
Postfach Nr. 32

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Reichshauptmannschaft Großhain, des Kreisgerichts und der Kreisverwaltung beim Kreisgericht Riesfa, des Rates der Stadt Riesfa, des Finanzamts Riesfa und des Hauptzollamts Weihen beschließend bestimmte Blatt.

Verlag: Riesfaer  
Postfach Nr. 32

N: 302.

Mittwoch, 30. Dezember 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis gegen Vorauszahlung für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Postgebühr. Für den Fall des Unterbruchs von Produktionsverhältnissen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für 10 mm breite, 8 mm hohe Druckzeilen (6 Spalten) 20 Gold-Pfennige; die 22 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; je nach Umfang und tabellarischer Satz 50%, Kuffschlag, feste Tarife ermittelter Rabatt erteilt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß aber der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesfa. Wichtige Anzeigenbestellungen können Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesfa. Geschäftsstelle: Poststraße 32. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hilsmann, Riesfa; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Riesfa.

## Ein Jahr politischer Offenbarungen.

Reparationen, Kriegsschulden und Goldstandard.  
Ein Jahr der größten politischen und diplomatischen Offenbarungen geht zu Ende. Wenn man die Geschichte der ganzen Nachkriegszeit überblickt, die Entwicklung der Reparationen und der Kriegsschulden, so steht man vor einem Blendwerk, einer Sinnlosigkeit, dem Traumgebilde eines Irrenhospitals. Diese Feststellung finden wir nicht in einem radikalen Oppositionsblatt einer unserer deutschen Parteien, sondern in einer so vornehmen und abgeklärten Wochenzeitung konservativer Prägung wie es der Londoner „Observer“ ist. Der Ausdruck weicht.  
Der Bericht des Baseler Sonderausschusses der VSDG stellt fest, daß das Deutsche Reich nicht in der Lage ist, am 30. Juni 1932 seine Reparationszahlungen wieder aufzunehmen. An eine Verlängerung des Hoover-Moratoriums ist nach den Beschlüssen des amerikanischen Kongresses nicht zu denken. Wenn Deutschland aber nicht zahlt, bleiben die Engländer, die Franzosen und die anderen verpflichtet, ihre Kriegsschulden an USA entsprechend den mit Washington getroffenen Abkommen zu entrichten. Allerdings enthalten diese Vereinbarungen Klauseln, die einen Zahlungsausschub ermöglichen, aber eine derartige Bitte würde doch den Kredit der Mittelmächte leicht erschüttern und das Prestige der Amerikaner in der Welt beträchtlich herabsetzen.  
Es ist daher schon sehr begründet, wenn die Engländer versuchen, mit den Franzosen in nähere Fühlung zu kommen, zumal auf der dritten Hoover-Konferenz, die am 18. Januar zusammenzutreten soll, nicht nur über die deutschen Reparationen und Kreditkredite, sondern gleichzeitig auch über die interalliierten Schulden an die Amerikaner verhandelt wird. Dies geht aus dem vierten Teil des Baseler Berichts klar hervor. In allem Ueberfluge wachte der holländische Sachverständige Colijn unmittelbar nach der Rückkehr in seine Heimat die niederländische Presse darauf aufmerksam. Sir Arthur Salter, der in den letzten 10 Jahren die wirtschaftliche Abteilung des Genfer Völkerbundes leitete, bestätigt und diese Auffassung. In Paris ist man zwar von einer Begegnung und persönlichen Aussprache zwischen MacDonald und Laval nicht besonders entzückt, schon wegen der brennenden deutschen Fragen, aber die gemeinsamen französisch-englischen Interessen an der Lösung des Kriegsschulden-Problems legen doch nahe, mit London zu einer Verständigung zu kommen.

Es gibt Leute, die von einer gemeinsamen Front der europäischen Schuldner, der Reparations- und Kriegsschuldner, gegen die Amerikaner träumen. In der deutschen Reichshauptstadt sind derartige Träumer freilich nicht zu finden. Die Reichsregierung jedenfalls denkt nicht daran, sich einer derartigen Front anzuschließen. Aber auch die Engländer scheinen dazu keine Lust zu verspüren. Jedenfalls herrscht diese Auffassung in USA, wo die Einladung MacDonalds an Laval, sich mit ihm unter vier Augen über die vorliegenden Tagesfragen zu unterhalten, mit Sympathien begrüßt wurde.  
Die Goldborstungsprobleme ist nicht der Weissheit letzter Schluss. Das wird heute schon in Washington klar erkannt. Ob auch in Paris? Von dem ewigen Präsidentschaftskandidaten W. J. Bryan stammt das Wort, daß das Gold eines Tages zum Kreuze wird, an dem die Menschheit hängt. Die Goldborstung bedeutet die Verarmung der anderen Völker, die Schrumpfung ihres Außenhandels, die Vermehrung der Arbeitslosigkeit und die Herabsetzung ihrer Zahlungsfähigkeit. Vergebens haben die sozial-wirtschaftlichen Theoretiker davor in den letzten Jahren gewarnt. Jetzt aber sind ihre Warnungen in Erfüllung gegangen. Die Amerikaner verspüren es nicht nur, wie etwa ein Wellengekräusel an der Oberfläche, die ganze amerikanische Volkseele erlebt es. Wenn die Entwicklung im französischen Volke damit Schritt gehalten hätte, wären die diplomatischen Verhandlungen über die Reparationen, die Kriegsschulden, die Kreditkredite, den Goldstandard und die Wirtschafts- und Handelspolitik, die bereits begonnen haben und die das Schicksal der europäischen Völker in den nächsten Monaten bestimmen werden, wesentlich einfacher, als sie es unter den gegenwärtigen Umständen sind.

## Wählerarbeit im Ruhrgebiet

Essen, 30. Dezember

Die „Reichlich-weltliche Zeitung“ bringt einen längeren Bericht über „kommunistische Arbeit an der Ruhr“, worin das Blatt u. a. erwähnt, der „kommunistische Zentral-Kampfausschuß der Ruhrarbeiter“ habe sich in einem Aufruf an die gesamte Ruhrarbeiterchaft mit der Aufforderung gewandt, den umfassenden Massenstreik der Betriebe auf bester Basis vorzubereiten. Auf vielen Werken hätten in den letzten Tagen Mitgliedervereinigungen der revolutionären Organisationen getagt, um die vorbereitenden Maßnahmen zu treffen. Am Abend des 1. Januar soll eine Alarmierung aller revolutionären Organisationen abgehalten werden. Der eigentliche Streik werde wahrscheinlich am 2. Januar beginnen. Besondere Aufmerksamkeit solle der Arbeit innerhalb der Frauen und Christlichen Gewerkschaften gewidmet und für den 1. Januar ein wieder Streik proklamiert werden. Ferner komme in Frage die Bildung von sogenannten Erwerbslosenklassen zum Kampf der Streikenden. Auch sei vom 2. Januar an der Beginn der Wohnstreiks und Räumungsunterstützung.

## Frankreich und der Baseler Bericht.

Paris, 30. Dezember.

In immer stärkerem Maße zeigt sich, daß der Baseler Bericht in französischen offiziellen Kreisen Zweifel hat aufkommen lassen, ob die Stellungnahme der französischen Regierung zum Reparationsproblem aufrechterhalten werden kann.

Der „Temps“ gibt das auffassendste Beispiel zu erkennen, wenn er schreibt, daß alle Kontroversen, wie z. B. über den Grundsatz der Priorität der Privatschulden, kaum noch wichtig seien, nachdem die Feststellung des Baseler Sachverständigenausschusses vorliege, aber auch angesichts der immer deutlicher werdenden Gegnerschaft des amerikanischen Kongresses gegen jede Revision der Schuldenabkommen. Die Notwendigkeit für die Gläubiger Deutschlands und für die Schuldner Amerikas, eine geschlossene Einheitsfront zur Verteidigung ihrer Lebensinteressen herzustellen, bestimme die Beziehungen und Bedingungen jeder gemeinsamen Politik, die lokal den Rechten und Interessen eines jeden Rechnung trage. Es sei für jeden aufmerksam Beobachter klar, daß Frankreich und England allein durch ihr volles Einverständnis in der Lage seien, der Politik zu präzisieren zu verhelfen. Die zwischen den französischen und englischen Sachverständigen schwebenden Verhandlungen und andererseits das persönliche Schreiben MacDonalds an Laval bitheten nach dieser Richtung hin einen guten Anfang, über den man sich aufrichtig freuen müsse.

## Die französisch-englischen Botschaften.

Paris. Im Zusammenhang mit der angeblichen Einladung des englischen Ministerpräsidenten an Laval wird darauf hingewiesen, daß das Schreiben MacDonalds weniger eine formelle Einladung dargelegt habe als gewisse Vorschläge, um eine Zusammenkunft herbeizuführen. In französisch-englischen diplomatischen Kreisen herrscht im Augenblick eine außerordentlich rege Tätigkeit. Während der französische Botschafter in London Fleuryan dem englischen Außenminister einen Besuch abstattete und den französischen Standpunkt in der Reparationsfrage erläuterte, erwartet man hier mit Interesse das Eintreffen des englischen Botschafters in Paris Lord Tyrrel, da er sicherlich Träger englischer Vorschläge sein werde. Man rechnet in Paris für gut unterrichteten Kreisen außerdem nicht damit, daß die Regierungskonferenz vor dem 30. Januar stattfinden könne. Als Verhandlungsort wird nach wie vor Lausanne genannt.

## Staatsaufsicht in der Tschechoslowakei über Kartelle und Monopole

Prag, 30. Dezember.

Nach einem im Justizministerium fertiggestellten Gesetzentwurf werden die Kartelle und Privatmonopole der Tschechoslowakei einer besonderen Aufsicht unterworfen, mit der eine „Staatliche Wirtschaftskommission“ betraut wird, die aus achtzehn von der Regierung ernannten Mitgliedern zusammengesetzt ist, und in der die beteiligten Ministerien, die Konsumentenkreise sowie die Gewerkschaften, die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreise vertreten sind.

Die Kommission hat darüber zu wachen, daß die freie Konkurrenz nicht zum Nachteil der öffentlichen Interessen beschränkt oder ausgeschlossen wird, und ist zu Strafmaßnahmen berechtigt, die der Entwurf im einzelnen festlegt.

## Der japanische Vormarsch auf Kintshan.

Banhschan und Pitschin besetzt.

Tsita. Ein japanisches Flugzeugschwadron bombardiert am Dienstag chinesische Truppen bei Banhschan. Im Laufe des Tages rückten japanische Truppen gegen die chinesischen Stellungen vor und schlugen die Chinesen nach längeren schweren Kämpfen in die Flucht. Die Japaner rückten darauf in Banhschan ein und besetzten die Stadt.  
Eine andere japanische Truppenabteilung besetzte am Dienstag nachmittag die Stadt Pitschin, ohne daß es zu größeren Zusammenstößen kam. Der japanische Vormarsch auf Kintshan wird fortgesetzt.

Japan kämpft nur gegen „chinesische Banditen“.

Paris. Die japanische Botschaft in Paris demontiert im Auftrag der Regierung alle Nachrichten von einem Vormarsch der japanischen Truppen auf Kintshan; gemäß der Erklärung vom 24. Dezember wiederhole die japanische Regierung vielmehr noch einmal ihren Wunsch, jeden Zusammenstoß zwischen regulären chinesischen Truppen und japanischen Streitkräften zu verhindern. Nur aus diesem Grunde besetze Japan auf der Kaimung Kintshans durch die chinesischen Truppen, da die japanische Regierung durch einwandfreie Neugenaussagen die feste Überzeugung gewonnen habe, daß die Militärbehörden von Kintshan die

Die französische Presse ist im übrigen bemüht, die wegen der englischen Zollmaßnahmen getriebenen Beziehungen zu England so rasch wie möglich wieder zu der Entente Cordiale zurückzuführen, um auf der Regierungskonferenz nicht isoliert dazustehen.

## Stellungswandel des „Matin“ in der Reparationsfrage?

Berlin. (Frankfurt.) In diesen politischen Kreisen findet eine Neuerung des „Matin“, die sich mit dem Termin der Reparationskonferenz beschäftigt, starke Beachtung. Die bekannte französische Einstellung in der Prioritätsfrage ging bisher immer davon aus, daß es eine eigentliche Prioritätsfrage überhaupt nicht gäbe und daß in allererster Linie die Reparationszahlungen sicherzustellen seien. Der „Matin“ hat nun geteilt in einem Artikel in sehr bemerkenswerter Weise ausgeführt, daß die Reparationskonferenz nicht eher auszurufen könne, als man nicht wisse, was aus dem Berliner Stillstandsverhandlungen herausskommt. Man müsse zunächst abwarten, was Deutschland an kurzfristigen Schulden zu zahlen haben werde. Diese Neuerung läßt nach Auffassung hiesiger politischer Kreise beinahe einen gewissen Stellungswandel des Blattes in der Prioritätsfrage erkennen.

## Die deutsche Auffassung zu den Meldungen über ein französisch-englisches Reparationsprotokoll.

Berlin. (Frankfurt.) Die gemeldeten Neuerungen französischer und englischer Blätter über die kommende Reparationskonferenz finden in Deutschland starke Beachtung. Wenn in englischen Blättern in sehr konkreter Form Mitteilungen über ein Arrangement in der Reparationsfrage zwischen Frankreich und England enthalten sind und die von einer neuen provisorischen Lösung sprechen, so handelt es sich offenbar dabei um französische Verbindlichkeiten. In Deutschland heißt man demgegenüber mit aller Entschiedenheit nach wie vor auf dem Standpunkt, daß ein Protokoll in der Reparationsfrage weder die deutsche noch die internationale Wirtschaftslage jemals wieder ins Gleichgewicht bringen könnte. Für Deutschland kann es sich nach wie vor nur darum handeln, eine wirkliche und abschließende Einlösung zu finden.

chinesischen Banditen unterkriegt, die sich im Westen des Piao-Flusses in beträchtlicher Anzahl aufkommenerottel hätten. Die japanischen Truppen trafen im Augenblick Vorbereitungen, um mit verstärkter Energie gegen das Banditenwesen einzuschreiten. Aus diesem Grunde werde die japanische Armee nach Westen vortöhen. Die japanische Regierung lehne außerdem jede Verantwortung für Maßnahmen ab, die sie in Anwendung legitimer Vorgehens ergreifen müsse.

## Berichterstattung in Indien

Bombay, 30. Dezember.

Wie aus zuverlässiger Quelle verläuft, hat Gandhi an den Dizekönig ein Telegramm geschickt, in dem er ihn fragt, ob die in Bengalen, in den Vereinigten Provinzen und in der Nordwestprovinz erlassene Verordnung den Bruch zwischen der Regierung und dem hindischen Kongreß bedeuten solle und ob der Dizekönig es für erwünscht halte, daß Gandhi ihn besuche, um mit ihm über die künftige Entwicklung zu sprechen.

## Rückbildungen bei den Bentheuer Borsteinern

Benthen, 30. Dezember. Nach einer Mitteilung der Verwaltung hat sich die Oberschiefsche Borsteinervereinigung, sämtliche Angehörigen ihres Häftenwertes vorsorglich zu kündigen mit der Begründung, daß die Aussichten für die Entwicklung des Ablasses in der nächsten Zukunft völlig unklar seien. Die Grube und die Kohlerei der Borsteinervereinigung A.-G. werden von dieser Maßnahme nicht betroffen.

## Zusammenschiebung auf dem Friedhof

Mün. 30. Dezember. Auf dem Nordfriedhof entdeckte die Polizei eine Fassmängerversteil. Ein 35jähriger Schreiner und ein 33jähriger Arbeiter wurden festgenommen. Neben falsche Fassmangerteile und das gesamte Herstellungsgerät wurden beschlagnahmt. Ein dritter Beschuldigter ist von der Düsseldorf-Kriminalpolizei festgenommen worden.